

Reichsbürger und Selbstverwalter (Reichsbürgerbewegung)

Gründung / Bestehen seit	1985 (Gründung der ersten Reichsbürgergruppierung Kommissarischen Reichsregierung KRR in Berlin)
Struktur / Repräsentanz	Die heterogene Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter besteht aus einer Vielzahl von Kleingruppierungen, die zum Teil miteinander kooperieren, zum Teil aber sich auch scharf voneinander abgrenzen. Neben kleinen, sektenartigen Gruppen mit hohem Organisationsgrad gibt es ebenso lose strukturierte Gruppierungen sowie Einzelpersonen, die nur im Internet aktiv sind oder sich an Behörden wenden. Die Szene unterliegt einem steten Wandel.
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2016	rund 2.000 Anhänger (bis Ende 2016 waren 300 Anhänger identifiziert) Bei der Mehrzahl der Reichsbürger und Selbstverwalter in Nordrhein-Westfalen ist keine feste Organisationsbindung erkennbar. Es handelt sich überwiegend um Einzelpersonen sowie Angehörige loser örtlicher Szenen. Mit der weiteren Aufklärung der Szene durch die Behörden, die Identifikation von Anhängern und weil die Szene nach wie vor Zulauf erhält, wird die Anzahl noch weiter steigen.
Veröffentlichungen	Die einzelnen Gruppierungen verfügen meist über einen eigenen Internetauftritt, wo umfangreiche Schriftsätze zum Download angeboten werden. Angeschlossen sind häufig entsprechende Diskussionsplattformen.
Kurzportrait / Ziele	Inhaltlicher Konsens in der organisatorisch zersplitterten Reichsbürgerbewegung sind die Behauptungen, dass erstens das Deutsche Reich in den Grenzen der 1930er Jahre weiterhin existiere und dass zweitens der Bundesrepublik die rechtliche Legitimation fehle. Die Bundesrepublik sei deshalb nur eine GmbH und die Behörden seien nur „Scheinbehörden“. Teilweise stellen sie auch die Behauptung auf, dass eine kommissarische



Publikation von **Reichsbürgern**

Reichsregierung die Staatsgewalt ausüben würde, und leiten daraus hoheitliche Befugnisse ab.

Die **Selbstverwalter** sind ein Sonderfall. Sie berufen sich auf ein selbst definiertes Naturrecht, wonach sie als Individuen staatliche Hoheitsrechte besäßen und sich in Gänze als außerhalb der Rechtsordnung stehend betrachten.

Reichsbürger und Selbstverwalter sind Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland bestreiten beziehungsweise deren Rechtsordnung ablehnen. Diese Auffassung hat zur Folge, dass **Reichsbürger** den demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation absprechen und Verstöße gegen die Rechtsordnung begehen. Überdies sind die Anhänger der Überzeugung, nach einem erklärten Austritt aus der angeblichen GmbH auch nicht weiter an bestehende Gesetze gebunden zu sein.

Teile der **Reichsbürger-Szene** überschneiden sich mit der rechtsextremistischen Szene und vertreten rechtsextremistische Argumentationsmuster. So bezeichnet sich **die Germaniten Partei** aus Vlotho beispielsweise als „Arische Partei“ und verbreitet antisemitische Verschwörungstheorien. Einige bekannte Rechtsextremisten, wie etwa Horst Mahler, versuchten in der Vergangenheit, die **Reichsbürgerbewegung** zu beeinflussen und gründeten eigene Gruppen.

Die Szene der **Reichsbürger und Selbstverwalter** lässt sich idealtypisch in drei Motivgruppen unterteilen: erstens Rechtsextremisten, zweitens Verschwörungstheoretiker und drittens Personen, die sich finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Staat entziehen möchten. Im jeweiligen Einzelfall können sich die Motive unterschiedlich mischen. Etliche **Reichsbürger und Selbstverwalter** haben sich der Szene innerhalb einer Lebenskrise zugewandt. Zudem handelt es sich bei der **Reichsbürger-Szene** um ein Agitationsfeld von Personen mit psychisch auffälligen Verhaltensmustern.

Reichsbürger und Selbstverwalter werden als Bestrebung mit erheblichem Gewaltpotenzial eingeschätzt. Besorgniserregend sind Gewaltdelikte und ein teilweise großer Waffenbesitz in der

Szene. Gerichte, Polizei und Behörden werden zunehmend in ihrer Arbeitsweise behindert und deren Mitarbeiter eingeschüchtert und bedroht.

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Reichsbürger und Selbstverwalter sind verfassungsfeindlich, da ihre Aktivitäten sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Zu diesen Aktivitäten gehören unter anderem das Nichtanerkennen von Steuern und behördlichen Bescheiden sowie das vermeintliche Errichten eigener „Staaten“. Gerichten und Behörden gegenüber treten sie durch eine latent – mitunter auch offen – aggressive Verhaltensweise in Erscheinung. Darüber hinaus bestehen Schnittmengen mit der rechtsextremistischen Szene. Als gemeinsames ideologisches Fundament erweist sich ein gebiets- und geschichtsrevisionistisches Weltbild. Die fundamentale Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Gesetze und Institutionen bietet hinreichend tatsächliche Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Ausrichtung, auch wenn diese Bestrebungen nur zum Teil einen eindeutig rechtsextremistischen Hintergrund haben.

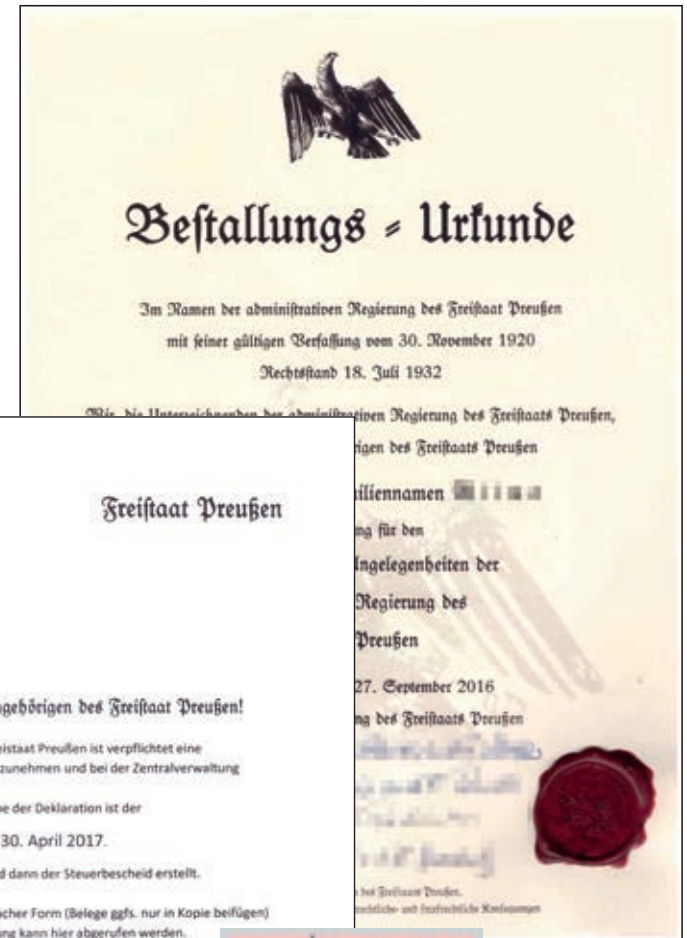
Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die fortwährende organisatorische Neuorientierung der Szene schlug sich in Nordrhein-Westfalen vor allem im **Freistaat Preußen** mit Sitz in Bonn nieder. Im August 2016 zerfiel dieser nach einem Streit in zwei Gruppen, die sich gegenseitig die Berechtigung absprachen, den **Freistaat Preußen** zu vertreten. Nunmehr gibt es die neue Organisation **Deutsches Reich – Freistaat Preußen** und weiterhin die alte Organisation **Freistaat Preußen**. In einem Schreiben an den Präsidenten der Russischen Föderation und den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika informierte die neue Regierung von **Deutsches Reich – Freistaat Preußen**, dass die bisherigen Vertreter wegen Hochverrats „entstallt in allen Funktionen“ wurden.

„Hoheitliche Befugnisse“

Einige **Reichsbürger und Selbstverwalter** stellen die Behauptung auf, dass eine kommissarische Reichsregierung die Staatsgewalt ausüben würde und leiten daraus hoheitliche Befugnisse für sich ab. Mitunter suggerieren sie, eigene Staaten zu bilden, für die sie eigene „Hoheitsgebiete“ durch Fahnen oder ähnliche Symbole ausweisen, eine eigene Währung einführen oder eigene Pässe verwenden. Im Internet bietet eine **Deutsche Reichsdruckerei** aus Kaarst unter Berufung auf pseudojuristische Argumentationsmuster sogenannte „echte staatliche Reichsdokumente“ wie einen „Reichspersonenausweis“ oder eine „Reichs-Fahrerlaubnis“ an. In dem Selbstverständnis, einen eigenen Staat zu bilden, schreiben **Reichsbürger und Selbstverwalter** auch ausländische Botschaften an und ersuchen diplomatische Beziehungen aufzunehmen.

Der **Freistaat Preußen** stellt sogenannte „Bestallungs-Urkunden“ und eigene „Steuerbescheide“ aus



Die **Deutsche Reichsdruckerei** aus Kaarst bietet unter anderem eine „Reichs-Fahrerlaubnis“ an



Gelegentlich werden eigene KFZ-Kennzeichen genutzt, deren Verwendung auf öffentlichen Straßen eine Straftat, Urkundenfälschung, darstellt. So hielt die Polizei im September 2016 in Neunkirchen-Seelscheid ein Fahrzeug an, das mit einem Kennzeichen des **Freistaats Preußen** fuhr, und stellte den nicht zugelassenen Wagen sicher.

Behörden beschäftigen

Reichsbürger und Selbstverwalter beschäftigen die Behörden mit obskuren Anliegen. Insbesondere fordern sie von Pass- und Meldeämtern nicht amtliche Dokumente oder verlangen eine Ausbürgerung. Zuweilen begehren sie behördliche Beglaubigungen selbst verfasster „Erklärungen unter Eid“, in denen sie zum Beispiel die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 („Weimarer Reichsverfassung“) oder – als preußischer Staatsbürger – die Verfassung des **Freistaats Preußen** vom 30. November 1920 annehmen.



Reichsbürger beantragen den Staatsangehörigkeitsausweis, auch „gelber Schein“ genannt, weil sie glauben, damit würde ihre „richtige“ Staatsangehörigkeit festgestellt

Oftmals verlangen sie von Kommunen auch den sogenannten „gelben Schein“: der Staatsangehörigkeitsausweis, ein amtliches Dokument der Bundesrepublik Deutschland, mit dem der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit dokumentiert wird und das nur in seltenen Fällen als ein über den Personalausweis hinausgehender Beleg der deutschen Staatsbürgerschaft benötigt wird. In der **Reichsbürger-Szene** kursiert hingegen die Behauptung, das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz in seiner Fassung vom 22. Juli 1913 sei unverändert gültig. Daher müsse man, um der Staatenlosigkeit und dem damit einhergehenden „Sklavenstatus“ zu entkommen, nach den damaligen Gesetzen einen Staatsangehörigkeitsausweis beantragen.

Auch Vollziehungsbeamte sind vielfach von **Reichsbürger**-Aktivitäten betroffen. Oftmals geht es den **Reichsbürgern und Selbstverwaltern** mit dem Verweis auf die Nicht-Existenz der Bundesrepublik Deutschland darum, Zahlungen zu verweigern oder Zwangsvollstreckungen zu verhindern. Letztlich verfolgen **Reichsbürger** mit diesen Aktivitäten das Ziel, Verwirrung zu stiften und Behördenmitarbeiter einzuschüchtern, um staatliche Stellen vom rechtlich gebotenen Handeln abzulenken.

Etlliche **Reichsbürger**-Organisationen bestärken und mobilisieren ihre Anhänger und Sympathisanten zu renitentem Verhalten gegenüber den Behörden. Insbesondere finden sich auf zahlreichen Webseiten Musterschreiben an Behörden, in denen die Nutzer nur noch den Absender und den Empfänger eintragen müssen. Einige Organisationen bieten darüber hinaus Interessenten „Weiterbildungsmaßnahmen“ an, mit denen sie ihre Anhänger für die Auseinandersetzung mit den Behörden befähigen wollen. In Einzelfällen findet auch eine diesbezügliche Beratung statt. Dabei spielt die **Justizopferhilfe Löhne** in der Szene eine wichtige Rolle.

Reichsbürger und Selbstverwalter versuchen ebenso die Arbeit der Justizbehörden zu behindern, indem sie Störaktionen im Rahmen von Verhandlungsterminen initiieren. Dabei stellen sie die Identität der Justizmitarbeiter und die Legalität des Gerichts in Frage und versuchen die Durchführung der Verhandlung zu torpedieren. Bei einer Zwangsversteigerung im Oktober 2015 im Amtsgericht Oeynhausen versuchten rund 30 Personen aus dem Umfeld „Justizopferhilfe Löhne“ zu stören, so dass die Polizei eingreifen musste und einige **Reichsbürger** in Gewahrsam nahm. Die **Justizopferhilfe Löhne** vertreibt auf ihrer Webseite sogenannte Lehrhefte, in denen Scheinargumente geliefert werden, mit denen man die vermeintlich fehlende Legitimation der Richter entlarven könne.

Politische Öffentlichkeit

Klassische politische Beteiligungsformen nutzt die **Reichsbürger-Szene** eher selten. Die Organisation „staatenlos.info“, die weitgehend identisch ist mit der nordrhein-westfälischen Gruppierung **Neue Ordnung Deutschland**, hielt 2016 mehrfach vor dem Kölner Hauptbahnhof sogenannte Mahnwachen ab, an denen jedoch weniger als ein Dutzend Personen teilnahmen.

Größere Bedeutung für die Szene hat indes das Internet, wo sie in zahllosen Facebook-Gruppen und auf YouTube-Kanälen ihre Thesen verbreitet.

Gewalt und Einschüchterung

Im Umgang mit Behörden haben **Reichsbürger und Selbstverwalter** eine perfide Form der Einschüchterung von Behördenangehörigen mit Hilfe frei erfundener Schadensersatzforderungen entwickelt, die als „Malta-Masche“ bezeichnet wird. Dabei werden gegen Behördenangehörige als Privatperson horrende finanzielle Forderungen geltend gemacht. **Reichsbürger** melden diese Forderung in der Folge in einem US-amerikanischen Schuldnerregister an, ohne die Rechtmäßigkeit der Forderung nachweisen zu müssen. Die Forderungen werden ferner an Inkassounternehmen auf Malta abgetreten, die damit real vollstreckbare Schuldtitel vor maltesischen Gerichten erwirken, sollte der Betroffene sich nicht über einen maltesischen Anwalt dagegen vor Ort wehren. Auch Vollziehungsbeamte und Polizisten aus Nordrhein-Westfalen sind von dieser Form der Einschüchterung betroffen. Allerdings ist bislang kein Fall bekannt, in dem es zu einer Vollstreckung kam. Das Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen hat unter anderem den Kommunen Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der „Malta-Masche“ gegeben.

Reichsbürger und Selbstverwalter versuchen staatliche Mitarbeiter von Kommunen, Justiz und Polizei bei Amtshandlungen zu filmen, zu fotografieren oder heimliche Tonaufnahmen zu fertigen. Etlliche auf diese Weise entstandene Videos und Audios werden unerlaubt im Internet verbreitet. Dabei schneiden die **Reichsbürger und Selbstverwalter** das Material oft so zurecht, dass die Behördenmitarbeiter inkompetent oder überfordert dargestellt werden. Diese Strategie zielt darauf ab, die Bediensteten einzuschüchtern und von ihrem Handeln abzuhalten.

Darüber hinaus fielen sogenannte **Reichsbürger und Selbstverwalter** strafrechtlich durch passive Widerstandshandlungen bis hin zu Körperverletzungsdelikten auf. Als im März 2016 Haftbefehle gegen eine führende Aktivistin der Gruppierung der **Germaniten** in Bochum vollstreckt werden sollten, leistete diese gegen die Beamten Widerstand. Ein **Reichsbürger** in Neuss bedrohte im Oktober 2016 Mitarbeiter des kommunalen Servicedienstes unter anderem damit, eine Waffe zu besitzen. Insbesondere bedrohen **Reichsbürger** immer wieder Vollziehungsbeamte bei der Ausübung ihrer hoheitlichen Aufgaben.

Die Nicht-Anerkennung der Bundesrepublik ist bei manchen **Reichsbürgern und Selbstverwaltern** mit der Nicht-Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols verbunden. So legen solche **Reichsbürger und Selbstverwalter** Wert auf eigene Bewaffnung, um nach eigenem Gutdünken für „Sicherheit“ zu sorgen. Ende des Jahres 2014 versuchte eine Person in ihrer angeblichen Eigenschaft als „Außenminister der Provinz Westfalen des **Freistaates Preußen**“ über eine Firma in Luxemburg ein Sturmgewehr vom Typ AK 47 anzukaufen. Im Rahmen anschließender

Durchsuchungen bei zwei Beschuldigten wurden zahlreiche Waffen beschlagnahmt. 2016 kam es in zwei Fällen zum Schusswaffengebrauch von Angehörigen der **Reichsbürger-Szene** gegen Polizeibeamte in Sachsen-Anhalt und in Bayern. In Bayern starb ein Beamter durch die Schüsse, drei weitere Beamte wurden verletzt.

Diese schwersten Straftaten werden in Teilen der **Reichsbürger-Szene** öffentlich gebilligt. So verbreitete eine Führungsperson aus Düsseldorf von **Neue Ordnung Deutschland** auf ihrem Facebook-Profil einen Spendenaufruf zugunsten des **Reichsbürgers** aus Sachsen-Anhalt, der auf Polizisten schoss. In dem Aufruf heißt es: „*Adrian ist ein echter Patriot. Er hat es uns vorge-macht und uns aufgeklärt, dass alles was hier abläuft nicht auf rechtlichen Füßen steht. Adrian hat sich gegen das UNRECHT gewehrt und wurde niedergeschossen hat aber überlebt.*“

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Seit 2014 werden auch in Nordrhein-Westfalen zunehmend Vorfälle mit **Reichsbürgern und Selbstverwaltern** bekannt. Die Szene beschäftigt durch ihre Aktivitäten intensiv die Behörden. Insbesondere sind die Kommunen betroffen. **Reichsbürger und Selbstverwalter** verwirren mit ihren absurden Anträgen Behördenmitarbeiter und behindern durch renitentes Verhalten eine zügige Abwicklung von Vorgängen. Oftmals versuchen sie zum Beispiel Vollzugsbeamte oder Mitarbeiter von Bürgerbüros einzuschüchtern oder zu bedrohen. Besonders problematisch ist die in der Szene verbreitete Waffenaffinität sowie die Bereitschaft, Gewaltdelikte zu begehen. Die zuständigen Waffenbehörden prüfen deshalb bei jedem bekannt gewordenen Anhänger der Reichsbürgerszene in Nordrhein-Westfalen den Entzug von etwaigen Waffenerlaubnissen.

Es muss davon ausgegangen werden, dass sich Aktionismus und Aggression in der **Reichsbürger-Szene** weiter verstärken und es zu Radikalisierungseffekten kommt. Vor diesem Hintergrund bewertet der Verfassungsschutz die **Reichsbürger und Selbstverwalter** als Bestrebung mit erheblichem Gefahrenpotenzial.

Die virale Verbreitung der **Reichsbürger**-Ideen im Internet wird sich fortsetzen und weitere Sympathisanten zu entsprechenden Aktivitäten mobilisieren. Andererseits dürften die repressiven Maßnahmen der Sicherheitsbehörden bei Straftaten, die Aufklärung über Personen und Aktionen der Szene durch den Verfassungsschutz sowie konsequentes Vorgehen der kommunalen Behörden im Umgang mit **Reichsbürgern und Selbstverwaltern** zugleich zur Eindämmung des Phänomens beitragen.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.im.nrw.de/verfassungsschutz Web-Link: vs_rb